

Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2552/2013

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-kr

Dezernat/Fachbereich/AZ

14.02.14

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Rat der Stadt Leverkusen	17.02.2014	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Digitaler Rat

- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.12.13
- Stellungnahme der Verwaltung vom 14.02.14 (Anlage)

01

- über Herrn Oberbürgermeister Buchhorn

gez. Buchhorn

Digitaler Rat

- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.12.13

- Nr. 2552/2014

Bereits mit dem Antrag Nr. 1768/2012 beantragte die SPD-Fraktion eine digitale, papierlose Gremienarbeit. Dieser Antrag wurde in der Sitzung des Rates vom 24.09.2012 mehrheitlich abgelehnt. Der Rat ist damit den damaligen Ausführungen des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Klaus Hupperth, gefolgt, der die Umsetzung für diese Legislaturperiode ablehnte und die Entscheidung zur Einführung beim neuen Rat (18. TA) sah.

Mit Beginn des 17. Tagungsabschnittes wurde bei der Stadt Leverkusen das Ratsinformationssystem Session der Firma Somacos eingesetzt. Mit Einführung des Ratsinformationssystems bestand erstmalig die Möglichkeit für die Mandatsträger, auf freiwilliger Basis auf eine Übersendung der Sitzungsunterlagen in gedruckter Form zu verzichten und diese in digitaler Form abzurufen. Dieses Angebot nehmen zurzeit 28 von 181 Mandatsträgern wahr.

Ausgehend von neuen technischen Entwicklungen bei Tablet-PCs und Notebooks stellen zunehmend mehr Städte auf eine digitale, papierlose Gremienarbeit um. Die Verwaltung sieht auch für die Stadt Leverkusen Vorteile in einer solchen Nutzung.

Herr Oberbürgermeister Buchhorn hat in der Sitzung des Aufsichtsrates der Informationsverarbeitung Leverkusen GmbH (ivl GmbH) am 11.12. 2013 erklärt, dass die Verwaltung bereits daran arbeite, dem neu gewählten Rat ein Konzept für eine papierlose Gremienarbeit zu unterbreiten.

In diesem Kontext sind nachfolgende Schritte durch die Verwaltung bereits durchgeführt bzw. eingeleitet worden:

Arbeitsschritte/Maßnahmen	Sachstand
Recherche zur digitalen Gremienarbeit in anderen Städten	Das Datenmaterial wurde gesichtet und unter der Prämisse, eine auf die Anforderungen Leverkusens abgestimmte Lösung zu entwickeln, bewertet.

Einrichtung einer Projektgruppe zur Unterbreitung eines Konzeptes zur digitalen Gremienarbeit

Eine Projektgruppe wurde eingerichtet und hat bereits getagt. Als erste konkrete Schritte wurde vereinbart, für die Zeit ab März 2014 unter Einbindung der notwendigen Akteure nachfolgende wesentliche Fragestellungen zu prüfen:

Rechtlicher Aspekt:

- Welche rechtlichen Fragestellungen hinsichtlich der Umstellung von gedruckten Unterlagen auf digitalen Versand ergeben sich?
- Ist die Nutzung der Tablet-PCs auf die eigentliche Mandatstätigkeit beschränkt (geschlossenes System) oder erfolgt eine generelle Freigabe auch für eine private Nutzung?

Finanzieller Aspekt:

- Welche Form der Anschaffung (Leasing oder Kauf) und Bereitstellung (unentgeltliche Überlassung für die Dauer der Mandatstätigkeit oder entgeltliche Überlassung ins Eigentum des Mandatsträgers) wird favorisiert?
- Führt die Einführung der Tablets tatsächlich zu einer Kosteneinsparung bei Wegfall von eventuellen Druck- und Zustellkosten?
- Wann amortisieren sich die Anschaffungskosten?

EDV-technischer Aspekt:

- Welche Applikationen für mobile Geräte ermöglicht die reibungslose Anbindung an das Ratsinformationssystem Session?
- Was ist hinsichtlich einer ausreichenden WLAN-Abdeckung der Sitzungsräume zu veranlassen? Bietet der Datenabruf über Mobilfunk (UMTS/LTE) eine sinnvolle Alternative?

	<p>Organisatorischer Aspekt:</p> <ul style="list-style-type: none">- In welcher Form soll die Einführung erfolgen? Sollen im Rahmen einer Pilotphase zunächst einzeln ausgewählte Gremien ausgestattet werden und in einem zweiten Schritt die restlichen Gremien folgen? Wie lange soll diese Pilotphase dauern?- Welcher Schulungsbedarf der Mandatsträger ergibt sich?- Wie soll der laufende technische Support erfolgen?
--	---

Es ist vorgesehen, in den neuen Rat nach den Sommerferien 2014 eine Vorlage einzubringen, in der die verschiedenen Möglichkeiten der Realisierung einschließlich der daraus resultierenden Kosten dargestellt werden, damit der Rat in die Lage versetzt wird, sich für ein Konzept zu entscheiden.

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke